

Vormärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Dienstag, den 11. Dezember 1923

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Anzeigenpreise: Die einseitige Werbeanzeige...

Anzeigen für die nächste Nummer...

Kammerauflösung in Italien.

Rom, 10. Dezember. (E.C.) Der heutige Ministerrat beschloß die Schließung der gegenwärtigen parlamentarischen Session...

Rom, 10. Dez. (W.B.) „Giornale d'Italia“ erklärte, die Entscheidung über die Schließung der Kammer Session ist logisch und zu rechter Zeit getroffen worden...

Die englische Regierungskrise.

London, 10. Dezember. (W.B.) Der König empfing heute den Premierminister Baldwin in einer Audienz, die 40 Minuten dauerte...

Justin Chamberlain erklärte in einer Unterredung mit einem Vertreter des „Evening Standard“, es würde ein großer Fehler sein, die Lösung der Krise bis Mitte Januar hinauszuschieben...

Deutsch-amerikanischer Handelsvertrag.

Nach einem Telegramm aus Washington muß entsprechend einem Uebereinkommen der amerikanischen Regierung mit dem deutschen Vorkauf der Veröffentlichung der Einzelheiten des am Sonnabend unterzeichneten deutsch-amerikanischen Handelsvertrages einem späteren Zeitpunkt vorbehalten bleiben...

Die Beamtengehälter beschlossen.

Das Reichskabinett genehmigte in seiner gestrigen Sitzung die Neuregelung der Beamtenbesoldung, die im Abendblatt besprochen wurde, und beschloß sich mit einer Reihe kleinerer Vorlagen.

Deutsche Rheinpolitik.

Zum Zusammentritt des Sechzigerausschusses. Im „Sozialdemokratischen Parlamentsdienst“ schreibt Genosse Wilhelm Solmann: Am 11. Dezember tritt im Rathaus zu Köln der Sechzigerausschuß zu seiner ersten Sitzung zusammen...

Agrarreform in Polen.

Warschau, 10. Dezember. (Eigener Drohtbericht.) In der Sitzung der Finanzkommission haben der Vertreter der Opposition mit Unterstützung der Regierungsmehrheit angehörenden Bauernpartei, an deren Spitze Ministerpräsident Witos steht, gegen die Stimmen der übrigen Regierungsparteien eine erhebliche Besteuerung der Großgrundbesitzer durchgesetzt...

Der Böhmerbundrat ist gestern im Pariser Rathaus zusammengetreten. Den Vorsitz führte Branting-Schweden.

Wegen des Streiks der Telegraphen- und Fernsprechebeamten in Wien sind die Telegraphen- und Fernsprecheverbindungen dahin zurzeit unterbrochen.

Internationale Arbeiterhilfe und Gewerkschaften. In unserem gestrigen Bericht über den Kongreß der I.A.H. hat ein sinnvoller Druckfehler von einer Vertretung der Gewerkschaften gesprochen. Richtig muß es „Gesandtschaften“ heißen.

Nach dem Siege der Labour Party

V. Sch. London, 9. Dezember, abends.

Zwei Tatsachen charakterisieren die englische Lage: die Katastrophe der Regierung Baldwin und der Triumph der Arbeiterpartei.

Ueber die konservative Niederlage braucht hier nicht vieles gesagt zu werden. Eine starke Verminderung der Regierungsmehrheit war allgemein erwartet und auch an dieser Stelle vorausgesagt worden.

Die Liberalen hofften bestenfalls, daß sich die Regierungsmehrheit um so viel reduzieren würde, daß Baldwin seine Schutzpläne stark verwässern, vielleicht sogar überhaupt aufgeben müßte, zumal er bekanntlich in der eigenen Partei auf eine Anzahl von konservativen Freihändlern Rücksicht zu nehmen gehabt hatte.

Ebenso bedeutungsvoll wie die konservative Niederlage und vom internationalen sozialistischen Standpunkt aus noch viel wichtiger und erfreulicher ist natürlich der wunderbare Vorwärtssieg der Arbeiterpartei.

Das einzige, was mit einiger Bestimmtheit versichert wurde, war, daß es der Arbeiterpartei gelingen würde, ihren bisherigen Besitz von 144 Sitzen zu behaupten.

Ich wohnte der Verkündung der ersten Resultate in einer Massenversammlung der unabhängigen Arbeiterpartei in der

Queens Hall, einem der größten Konzertsäle Londons, bei ungeheurer Begeisterung — besonders als der Durchfall des verhassten Churchill oder wenn die Eroberung eines Londoner Eises gemeldet wurde — wechselte mit Belklemmung ab, nicht nur als z. B. die Niederlage Buxtons und Hendersons bekannt wurde, sondern auch wenn ein Mandatsgewinn der Liberalen auf Kosten der Konservativen verlesen wurde. Zufällig war unter den ersten achtzig Resultaten die Zahl solcher liberaler Siege verhältnismäßig stark; die Sorge um eine Ueberflügelung der Labour Party durch die Liberalen drückte sich auf allen Gesichtern aus. Und daher brach ein wahrer Jubel aus, als einmal zufällig ein Erfolg der Konservativen auf Kosten der Liberalen verkündet wurde!

Sowenigstens erhebt man daraus, bis zu welchem Grad der Erbitterung die Rivalität gerade zwischen Arbeiterpartei und Liberalen während des Wahlkampfes gestiegen war, und schon das spricht, unter vielen anderen Gründen, gegen die Möglichkeit einer Vorkoalition. Aber über dieses wichtige und äußerlich heikle Problem kann in dieser Stunde vor der Rückkehr Macdonalds und Hendersons noch nichts gesagt werden.

Um so mehr soll aber schon jetzt die ungeheure Bedeutung des Arbeiterertrages gewürdigt werden: Nicht allein, daß die Partei an vielen Orten gegen eine bürgerliche Koalition und im ganzen Lande gegen eine Pressekampagne schlimmster Art zu kämpfen hatte, sondern sie hat dieses Mal ein durchaus sozialistisches Programm in ihrem Wahlmanifest entwickelt: Nationalisierung der Bergwerke und Eisenbahnen und Kapitalabgabe, das waren ihre Hauptforderungen, die in der Tat geeignet waren, die kapitalistischen Kräfte und das gesamte Spießbürgertum gegen sie aufzubringen. Aber es zeigte sich, daß diese politische Radikalisierung nicht nur der Partei nicht geschadet, sondern ihr sogar die Herzen breiter, bisher gleichgültiger Arbeiterschichten geöffnet hat.

Ueber die Rolle, die die Frage der Internationalen in dem Verleumdungsfeldzug der Konservativen gegen die Labour Party gespielt hat, ist hier schon berichtet worden. Es muß aber betont werden, daß inzwischen, also gerade in den letzten Tagen vor der Wahl, dieses Argument über die Rothermere-Presse hinaus den Weg in ernstere Zeitungen, z. B. den „Daily Telegraph“, gefunden hatte, und daß sich die nationalisierenden Konservativen offenbar vieles davon versprachen. Schließlich lebten in ganz London große Wahlplakate, auf denen etwa zu lesen war: „Für die Labour Party stimmen, heißt seine Stimme abgeben für die Sozialistische Arbeiterinternationale (diese beiden Worte nicht nur deutsch, sondern gar in gothischer Schrift! Ann. des Verf.), deren Vorsitzender der Deutsche Herr Wels ist.“ (Vorherrschender der S.A. ist bekanntlich Arthur Henderson, Wels ist nur das deutsche Mitglied der Exekutive. Ann. der Red.) Ebenso wurden in verschiedenen Zeitungen Wels und Friedrich Adler, der „österreichische Jude“, in diesem Zusammenhang angegriffen. Aber es hat sich nunmehr erwiesen, daß diese Artikel und Plakate, obwohl sie von Millionen von Menschen gelesen wurde, an deren deutschfeindliche Instinkte aus der Kriegszeit damit appelliert wurde, keinen Eindruck mehr machten. Das beweisen am besten die Wahlergebnisse selbst. Und auch diese Feststellung ist eine der erfreulichsten und wichtigsten, die man heute als Deutscher und als internationaler Sozialist machen darf.

Vielleicht hat schon eher ein anderes Manöver der letzten Stunde der Arbeiterpartei geschadet, nämlich der Pressefeldzug der letzten Tage gegen die „Rowdies“, die einzelne Berammlungen gesprengt haben sollten und für die natürlich die Arbeiterpartei verantwortlich gemacht wurde. Wahrscheinlich sind die angeführten Vorfälle für unsere kontinentalen Verhältnisse sehr harmloser Natur gewesen, aber der Engländer ist für jede Beeinträchtigung der traditionellen Rede- und Versammlungsfreiheit sehr empfindlich.

Gleichviel: ob die Verleumdungen und die sonstigen Mittel, die in diesem überaus heftigen Wahlkampf gegen die Arbeiterpartei angewendet wurden, ihr diesen oder jenen Sieg gekostet haben mögen, ihr Sieg ist so überlegend, daß er durch ein oder zwei Mandate mehr kaum noch erhebender nach innen und nach außen wirken könnte. Er wird die Arbeiter der ganzen Welt mit neuem Mut und neuer Hoffnung erfüllen. Und insofern haben die nationalisierenden Heher recht behalten: der Sieg unserer englischen Freunde ist auch ein Sieg der Sozialistischen Arbeiterinternationalen, vorausgesetzt, daß ihn die französischen und die deutschen Arbeiter bei ihren kommenden Wahlen sich zum Vorbild nehmen.

KPD. und Ermächtigungsgesetz.

Am Sonntag hatten wir mitgeteilt, daß die Kommunisten, in dem sie mit Nein stimmten, die Zweidrittelpräsenz herbeiführen und damit praktisch das Ermächtigungsgesetz durchbringen lassen. Wir knüpften daran die Bemerkung, die Kommunisten könnten Neuwahlen nicht wollen, solange sie unter dem Belagerungszustand ständen und verboten seien.

Dazu schickte uns nun die kommunistische Reichstagsfraktion eine Berichtigung, in der sie erklärt:

„Es ist unklar, daß die Kommunisten nicht die Absicht gehabt hätten, das Ermächtigungsgesetz zu Fall zu bringen.“

Wahr ist vielmehr, daß die Kommunisten das Mittel der Obstruktion, d. h. das Verlassen des Sitzungssaales vor der Abstimmung zur Verhinderung des Zweidrittelpräsenz, nur deshalb nicht angewendet haben, weil ihnen auf Grund von absolut zuverlässigen Informationen bekannt war, daß nicht nur mehr als 300 Abgeordnete — die verfassungsmäßige Mindestanzahl — sich an der Abstimmung beteiligen werden, sondern sogar eine über diese Mindestanzahl hinausgehende Zahl von Abgeordneten für das Ermächtigungsgesetz selbst stimmen würden.

Es ist unklar, daß die Kommunisten mit Rücksicht auf das Verbot der kommunistischen Partei Deutschlands einer Auflösung des Reichstags und Neuwahlen ausweichen wollten.

Wahr ist vielmehr, daß die Kommunisten im Reichstag alles getan haben, was in ihren Kräften stand, um eine Auflösung des Reichstags und Neuwahlen zu erzwingen.“

Die Tatsache, daß die Kommunisten durch ihre Anwesenheit die Zweidrittelpräsenz herstellen lassen, bleibt unbestritten und ist unbestreitbar. Wenn sie jetzt behaupten, sie hätten vorausgesehen, daß es auf ihre Stimmen nicht ankommen werde, so ist das nur eine Ausrede. Sie haben damit auch tatsächlich dazu mitgeholfen, daß Neuwahlen unter dem Belagerungszustand vermieden werden. Sie handelten damit in beiden Richtungen nur vernünftig.

Wenn sie es trotzdem jetzt nicht wahrhaben wollen, so deshaß, weil sie einem Teil ihrer Anhänger schon längst des „Opportunismus“ dringend verdächtigt sind. Sie haben den ihnen anbefohlenen Hinweis durch die Polizei nicht durchgesetzt, die — von ihnen innerlich als durchaus berechtigt

empfundene — Ausschließung vom Meles ruhig ertragen, und als ihre Anhänger auf den Berliner Straßen demonstrieren und dabei mit der Polizei in etwas derbe Berührung kamen, haben sie jede parlamentarische Begleitmusik vermissen lassen. Kein Wunder, daß sie sich gegen den „Vorwurf“ wehren, sie hätten auch bei der Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz verhältnismäßig vernünftig gehandelt. Denn Vernunft im Parlament, Rechnen mit gegebenen Tatsachen, das ist, was der radikale Flügel der KPD am wenigsten verträgt.

Reichseinheit und Schulwesen.

Telegraphen-Union verbreitet folgende Meldung aus Leipzig:

Gegen die verhängnisvollen Bestrebungen, die sich von Thüringen und Sachsen aus gegen den Bestand des höheren Schulwesens in Deutschland richten, hat die in Leipzig gebildete Schulgemeinschaft für die höheren Schulen eine Denkschrift an das Reichsministerium des Innern, an den Reichstag, an den Reichsschulsausschuß, an die Regierungen und die Volkvertretungen der Länder gerichtet, die als grundlegende Forderung aufstellt, daß die höheren Schulen als äußerlich und innerlich einheitlich organisiert, nach der Verschiedenheit ihrer Ziele differenzierte Anstalten erhalten bleiben sollen und in einem geschlossenen Aufbau von dem Abschluß der Grundschulen zur Reife führen. Das höhere Schulwesen soll ferner in seiner bisherigen, das ganze Deutschland umfassenden Einheitlichkeit reichsgesetzlich gegen grundsätzliche Veränderungen geschützt werden, durch welche die Regierungen einzelner Länder einem neuen, durch das Reich aufzustellenden Organisationsplan vorgreifen. Begründet wird die Forderung vor allem mit dem Hinweis darauf, daß die auf den höheren Schulen in ihrem bisherigen Aufbau beruhende wissenschaftliche Durchbildung der in unserem gesamten Staats-, Kultur- und Wirtschaftsleben an leitenden Stellen Tätigen uns vor allem befähigt hat, auf dem Gebiete der Technik in allen Wirtschaftszweigen die Führung zu erlangen. Drückt man unsere höheren Schulen herab, so ist die notwendige Folge die Zerstörung der unsere Behauptung an dem wirtschaftlichen Weltkampf ermöglichenden Grundlagen, insbesondere durch die Herabdrückung der Hochschulen von ihrer Höhe, die bedingt ist durch die Höhe des in den höheren Schulen erreichten Bildungszieles. Andererseits ist die Einheitlichkeit der Vorbildung für die höheren Berufe eines der ganz Deutschland einigenden Bandes, das gerade in der jetzigen Zeit nicht ohne schwere Gefahr für die Reichseinheit selbst zerschnitten werden darf. Der Eingabe haben sich die führenden Verbände nicht nur der deutschen Wissenschaft, sondern vor allem auch des wirtschaftlichen Lebens und des Beamteniums angeschlossen.

Die Meldung trägt den Stempel der Tendenzmache an der Stirn. Zur Sache selbst ist zu bemerken, daß der Entwurf eines Reichsschulgesetzes infolge des Einspruchs des Reichsfinanzministers nicht weiter beraten wird. Das Reichsschulgesetz, das von der Sozialdemokratie beantragt worden ist, wurde von den Bürgerlichen seit Jahr und Tag sabotiert. Ihre Schuld ist es also, wenn es zu keinem einheitlichen Schulgesetz im Deutschen Reich kommt. Wenn sich jetzt eine sogenannte „Schulgemeinschaft“ aufbaut, um gegen die „verhängnisvollen“ Bestrebungen Sachsens und Thüringens das Reich mobil zu machen, so ist das eine jener Treiberereien, die man sich verbitten muß. Die Reichszersplitterung in Bayern. In dem Augenblick, in dem Bayern die Aufhebung der Weimarer Verfassung fordert, sich über die Schulpolitik in Thüringen und Sachsen zu beschweren, ist eine lächerliche Komödie und nichts weiter.

Du sagst es.

Die „Kreuzzeitung“ über Bayern.

Die „Kreuzzeitung“ regt sich darüber auf, daß die sächsische Regierung eine amtliche Untersuchung über das Verhalten der Reichswehr anstellt, und bemerkt dazu:

„Die hierin sich ankündigende Methode wird sicher nicht ohne Nachahmung bleiben. Bald wird Mecklenburg die Uebelstände bei der Post, Württemberg die bei der Reichsbahn, Bayern die bei der Steuerverwaltung und das Reich die bei den Polizeiverwaltungen der Länder festzustellen unternehmen und alle, die sich benachteiligt fühlen, auffordern, sich zur Vernehmung zu melden.“

Das ist augenscheinlich spöttisch gemeint, entspricht aber mit einigen Änderungen den Tatsachen. In Sachsen hat das Reich durch die Reichswehr die von der „Kreuzzeitung“ an die Wand gemalte Enquête über die Polizeiverwaltung bereits anordnen lassen, und in Bayern haben hohe und höchste Stellen längst jene von der „Kreuzzeitung“ bekämpften Methoden Post, Reichsbahn und Steuerverwaltung gegenüber angewendet. Mit dem Unterschied allerdings, daß die Reichswehr in Sachsen bei der „Untersuchung“ nicht stehengeblieben ist und daß man in Bayern Lustig die Beseitigung von Post, Reichsbahn und Steuerverwaltung betreibt.

Dazu schweigt aber die gute „Kreuzzeitung“, und sie weiß wohl, warum.

Wer hat recht?

Ermächtigungsgesetz und Sozialdemokratie durch die deutschnationale Parteibrille gesehen.

Die „Kreuzzeitung“ stellt fest, die Sozialdemokratie habe sich im Eifer gefangen. Sie habe das Ermächtigungsgesetz aus Angst vor Neuwahlen, und nur aus Angst vor Neuwahlen, angenommen und sei nun auch verantwortlich für alle Verordnungen, die auf Grund dieses Gesetzes erlassen werden.

Die „Deutsche Tageszeitung“ macht darauf aufmerksam, daß zugleich mit dem Ermächtigungsgesetz ein sozialdemokratischer Antrag auf Wiedereinführung der Demobilisierungsverordnungen angenommen worden ist und bemerkt dazu, daß die Mittelparteien einen „hohen Preis für das sozialistische „Entgegenkommen“ zahlten“ mußten. Es scheint danach, daß „nicht alles bloß Angst vor sofortigen Neuwahlen“ gewesen sei, was die Linke zu ihrem Verhalten veranlaßt habe. Sie habe ein ganz gutes Geschäft gemacht.

Ihre Art, die Dinge anzusehen, kann man den deutschnationalen Organen neidlos überlassen, es bleibt nur die Frage, ob bei dieser Gelegenheit der „Kreuzzeitung“ oder der „Deutschen Tageszeitung“ die Parteibrille verrutscht ist.

Berichtigung. Unsere Mitteilung über die Zusammenfassung des Fünfköhnerausschusses, dem die Begutachtung der von der Reichsregierung zu erlassenden Rotverordnungen obliegt, bedarf einer Richtigstellung. Die Sozialdemokratie ist nicht mit 4, sondern mit 6 Abgeordneten vertreten. Zu den bereits genannten Vertretern kommen noch die Genossen Liebel und Süßen. Der kommunistische Abgeordnete Bary teilt uns mit, daß seine Fraktion im Ausschuss nicht vertreten sei, da die Mehrheit die Erhöhung der Mitgliederzahl von 15 auf 21 abgelehnt habe. Wir hatten die Angaben über die im Ausschuss vertretenen Abgeordneten am Sonnabendabend der B.D.Z.-Korrespondenz entnommen.

Hitler gegen Kahr.

München, 10. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Nachdem seit dem 9. November eine Unmenge von Flugblättern aus dem Lager der flüchtigen Putschisten und außerdem eine Reihe von Zeitungsartikeln sich um eine Abstellung der Vorgänge in der Münchener Putschnacht bemüht haben, versucht es nun der Rechtsbestand der verhassten Verschwörer Hitler, Pöhner, Fick mit einer spaltenlangen Verteidigungsschrift, die er an die Redaktionen der Münchener Zeitungen schickte. Entsprechend der Jankesvorschrift wurde diese Darstellung dem Generalstaatskommissar vorgelegt und dieser schickte sie demogen, „in diesem besonderen Fall“ dem Ersuchen um Veröffentlichung stattzugeben unter der Bedingung, daß gleichzeitig auch seine Antwort auf die Schilderung seiner Vorgänge, die sich bekanntlich „nur im Tempo“ von ihm unterschieden haben, mit abgedruckt wird. Beide Darstellungen bringen nichts wesentlich Neues, wären vor allem nicht auf, was in der Zeit zwischen 11 und 1 Uhr nachts bei Kahr und seiner Umgebung vor sich gegangen ist, verstärken aber den Eindruck, daß Hitler und seine Freunde bis in die Morgenstunden der Putschnacht des Glaubens waren und sein mußten, daß Kahr, Cossow und Seifer treu zu ihrer Sache ständen.

Am einzelnen beginnt die Darstellung mit der Feststellung Hitlers, daß er bei seiner berühmten Vorbekämpfung am 8. November tatsächlich nicht bei Kahr gewesen ist. Daß Herr v. Kahr demgegenüber in der ersten Pressekonferenz vom 10. November ausdrücklich die seinerzeitige Anwesenheit Hitlers feststellen konnte, berührt jedenfalls recht merkwürdig. Interessant sind auch die Besprechungen Hitlers mit Cossow und Seifer vor dem 8. November, die Hitler vollkommen davon überzeugt hatten, daß diese Herren selbst zum Loschlagen bereit seien und mit nach Berlin marschieren würden. Der Plan wurde auch im einzelnen besprochen und festgelegt, der Austritt einer deutschen nationalen Regierung in Bayern, die Verteilung der Kommandos und die Art des militärischen Vorgehens sind genau erörtert worden. Interesse erregt auch die unvollständige Mitteilung Hitlers, daß Seifer damals nach Berlin zu General Seeck gefahren ist und dort Abmachungen getroffen hat, die den verabredeten Putschplänen widersprechen.

Besonders lebendig schildert Hitler, wie nach dem Ueberfall die Herren Kahr, Cossow, Seifer für den Sozialismus gewonnen wurden.

„Am ersten“, so heißt es, „entschloß sich Herr v. Cossow, dem Beispiel seiner Excellenz Ludendorff zu folgen. Excellenz Ludendorff hatte ihn angesprochen: „Wohin Cossow, tun Sie mit und schlagen Sie ein in meine Hand!“ Und v. Cossow richtete sich sodann Kramm auf, Aug in Aug standen sich die beiden Generale gegenüber und v. Cossow schlug ein in die Hand Ludendorffs.“

Von Seifer, nicht minder bereit und nicht minder ehrlich überzeugt streckt von selbst Ludendorff die Hand entgegen zur Besiegelung des Beschlusses zur gemeinsamen Arbeit.“ Von Kahr stand allein noch abseits und zeigte sich sehr erregt, daß er von Hitler mitten in seiner antimarkistischen Programmrede gestört worden sei. Aber Hitler drang in ihn, holte ihn dann mit jubelndem Beifall aus der unter Raschitzengewehren gehaltenen Versammlung herbei und erklärte Kahr nun ehrlich überzeugt und ergriffen: „Nun gut, ich bin bereit, aber nur unter der Bedingung: Wir stehen doch hier alle als Monarchisten. Ich werde das Amt eines Landesverwesers nur übernehmen als Statthalter Sr. Majestät des Königs.“ Hitler beruhigte auch diese Bedenken mit den Worten: „Exzellenz, ich will vor allem wieder gutmachen das Unrecht, das vor 5 Jahren eine Horde gemeiner Verbrecher am hochseligen Vater Er. Majestät des Königs verübt hat.“

Die Richtigkeit dieser temperamentvollen Darstellung will Herr v. Kahr der Prüfung durch das Strafverfahren vorbehalten. Dabei sollte es zum mindesten auch möglich sein, die immer noch dunkle Fünfköhnerangelegenheit Kahr in der Putschnacht vollständig aufzuklären. In diesem angeblichen „Kreuzzeitungsgramm“ an die bayerischen Regierungspräsidenten“ liegt zweifellos mit der Schlüssel zur Aufklärung der nach wie vor im Dunkeln gehaltenen Ereignisse.

Sorgen der Landbündler.

Das Organ des Landbundes sieht natürlich in der preussischen Grundsteuer genau so den Untergang der Landwirtschaft, wie dies von Agrariervertretern im Landtage ausgesprochen wurde. Namentlich ist ihm auch die Berechtigung der Gemeinden, Zuschläge bis 200 Proz. zu erheben, ein Dorn im Auge. Da muß aber gerade darauf hingewiesen werden, daß die schonende Veranlagung der Großbauern und Güter Ursache ist, daß Gemeinden z. B. 100 Proz. Zuschlag erheben. Den kleinen Landmann trifft die doppelte Steuer schwerer als den Großen, der ein oder gar mehrere Dutzend Kühe im Stall zu stehen hat; der Kleine muß eben für den Großen in der Gemeinde mitbezahlen. Da die Verhältnisse in den Gemeinden den einzelnen Insassen genau bekannt sind, macht eine solche Begünstigung der Großen böses Blut.

Das Landbündlerorgan hat für solche Durchleuchtung der wahren Verhältnisse aber kein Interesse — begrifflich genug für ein Interessentenblatt!

Holländisch-deutsche Milchlieferung.

Essen, 10. Dez. (Tl.) Die vereinigte Milchversorgung für das rheinisch-westfälische Industriegebiet, die die Milchbesitzer von Dortmund bis Köln umfaßt, beabsichtigt in kurzer Zeit einen neuen Milchlieferungsvertrag mit niederländischen Milchlieferanten abzuschließen, um die Milchversorgung der breiten Gebiete sicherzustellen. Es soll sich vorläufig um ein Mindestquantum von 200 000 Litern Milch täglich handeln. Bei den Verhandlungen wurde das Verhalten deutscher Milchproduzenten, die Milchlieferungen gegen Bezahlung von Papiermarkt ablehnten, stark kritisiert. Augenblicklich beträgt die Milchzufuhr nach Essen 11 000 Liter (Inapp 17 000 Liter gegen 175 000 Liter im Frieden). Das Reich hat erhebliche Summen für die neue Lieferungsaktion bereitgestellt. Die Organisation ist schon vollendet.

Oldenburger Regierungsbildung.

Oldenburg, 10. Dez. (Eco.) In einer längeren Besprechung der Parteien wurde die grundsätzliche Bereitwilligkeit festgestellt, eine Regierung der großen Koalition unter dem Präsidium des Zentrumsgesandten Dr. Driser zu bilden. Wenn also nicht wieder Schwierigkeiten eintreten, wird das neue oldenburgische Ministerium wiederum aus vier Ministern bestehen und zwar einem Volksparteiler, einem Zentrumsmann, einem Demokraten und einem Sozialdemokraten. Es darf damit gerechnet werden, daß die früheren Minister wiederverkehren. Die Verteilung der Ministerien ist so gedacht, daß die Sozialdemokraten die soziale Fürsorge erhalten, die Demokraten das Innere ohne Landwirtschaft und Ernährung, das Zentrum das Präsidium, die Finanzen und den Handel und die Volkspartei Kultur, Justiz, Landwirtschaft, Ernährung und Wehrwesen.

Die Mark in New-York: Ein Dollar 4 Billionen.

Groß-Berliner Funktionärkonferenz.

Stellungnahme zur Parteipolitik.

Die Berliner Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre nahmen gestern zur politischen Haltung der Partei Stellung. Referenzen waren die Genossen Crispian und Hildenbrand.

Genosse Crispian

ging bei seinen Ausführungen von dem neuen Ermächtigungsgesetz aus. Die Mehrheit der Fraktion erklärte, daß sie ihre Zustimmung von der Mitwirkung eines Reichstagsausschusses abhängig gemacht habe, aber die Verantwortung für das Ablehnen, was die Regierung jetzt tue. Es gibt wohl in der ganzen Partei kaum einen so naiven Menschen, der glaubt, daß die Einrichtung eines Reichstagsausschusses irgendwelche Bedeutung hat. Die Regierung wird auf die Meinungsäußerung eines Reichstagsausschusses nicht die geringste Rücksicht nehmen. Es ist nicht richtig, daß wir mit der Annahme des Ermächtigungsgesetzes das kleinere Übel gewählt haben, denn in diesem Gesetz sind dem Reichstag geringere Befugnisse gewährt, als im § 48 der Reichsverfassung. Das neue Ermächtigungsgesetz macht vor nichts halt. Es gibt diesmal keinerlei einschränkende Bestimmungen. In der neuen Regierung sitzen 8 Minister unter 11, die der alten Regierung angehörten, die von der Sozialdemokratie ein Mitspracherecht erhalten haben, weil diese Regierung am Beförderungszustand festhielt. Brauns, Luther, Gehler hatten schon das Rheinland aufgegeben, und es hat großer Anstrengungen bedurft, um zu erreichen, daß 100 Millionen erneut dorthin geschickt wurden. Stresemanns Regierung hat es ermöglicht, daß der Kronprinz nach Deutschland zurückkehren durfte. Die Menschlichkeit in allen Ehren, aber die Menschlichkeit mit einem 60-Millionen-Volk ist wichtiger als wie die mit einem Menschen, der unendliches Elend über Deutschland gebracht hat. (Zustimmung.) Wir haben der Regierung die Ermächtigung gegeben, gestützt auf den militärischen Ausnahmezustand gegen die Arbeiter vorzugehen. Stresemann hat im Bund mit Stinnes die große Koalition geliebt. Er ist auch bereit gewesen, eine ausgeglichene Rechtsregierung zu bilden. Diese Regierung will sich wieder mit Bayern verständigen. Dazu liegt ein Antrag der Bayerischen Volkspartei vor, der erhebliche Rechte für die Länder verlangt, und der von Herrn Emminger in der Regierung verteidigt wird. Es geht nicht an, zu erklären, daß wir für alles das, was geschieht, die Verantwortung ablehnen. Durch die Annahme des Ermächtigungsgesetzes hat der Reichstag auf sein vornehmstes Recht, das der Budgetbewilligung, verzichtet. Man hat uns den Einfluß in den auf Goldbasis aufgestellten Etat verweigert, aber der Rentenbank hat man Einfluß gewährt. (Hört, hört!) Man will den Verwaltungsapparat abbauen, man vermindert die Einkommen der Staatsbeamten und Arbeiter und drückt damit auf die Löhne und Gehälter der übrigen Angestellten und Arbeiter. Alles das schon hätte uns veranlassen sollen, das Ermächtigungsgesetz abzulehnen. Daneben sollen die arbeitenden Massen noch weiter steuerlich erfaßt werden, dabei zahlen die Besitzenden nur 30 Millionen Goldmark gegen 188 Millionen Goldmark der Arbeitenden. Ferner soll der Ministerialrat abgebaut werden. Dagegen sollen den Agrariern drei Viertel ihrer Steuerlasten erlassen werden. Die Regierung hat dem Reichstag das Amtinverestell, daß der Reichstag freiwillig bis zum 31. Januar auf seine Einberufung verzichten soll. (Wachen.)

Unsere Fraktion hätte ihre Stellung zum Ermächtigungsgesetz von dem Sanierungsausschuss der Regierung abhängig machen sollen.

Man hätte dem Programm der Bourgeoisie ein sozialistisches Programm entgegenstellen sollen. (Beifall.) Zustimmung.) Wir haben die Pflicht, unsere Ideen zur praktischen Tatenpolitik zu machen. Der Redner verweist unter großer Unruhe auf Österreich und England, in denen die Sozialdemokratie mit großem Erfolg eine kleine Politik betrieben habe. Wie er auf die Bildung der Reichswehr zu sprechen kommt, die er in starken Gegensatz zu der republikanischen Wehr Österreichs stellt, gibt es stürmische Unterbrechungen, die nur langsam verebben.

Zur Zeit der Euro-Krise habe ich in der Fraktion den Vorstoß gemacht, Oberst zu erziehen, die Sozialdemokratie mit der Regierungsbildung zu beauftragen. Wir hätten dann mit einem parlamentarischen Programm vor dem Reichstag treten sollen und diesen Reichstag anrufen, wenn diese Regierung kein Vertrauen findet. Das hat die Fraktion abgelehnt. In England aber ist die Labour Party bereit, diesen Weg zu gehen. Wir sollten endlich sozialistische Forderungen in den Vordergrund der Politik stellen und damit die Kräfte im Parlament wieder wachrufen. Wir wollen eine Partei sein, die unter der roten Fahne kämpft. (Beifall.) Der Redner empfiehlt eine Entschärfung im Sinne seiner Ausführungen. (Beifall.)

Als Vertreter der Mehrheit der Reichstagsfraktion sprach

Genosse Hildenbrand:

Die Forderungen des Genossen Crispian sind die Forderungen des sozialistischen Programms. Es ist ein Irrtum, zu glauben, daß die Mehrheit der Fraktion nicht bestrebt ist, sozialistische Politik zu treiben. Mit dem 9. November war der Augenblick gekommen, die politische Road auszuwerten, aber in diesem Augenblick hatten die Arbeiter nichts anderes zu tun, als sich gegenständig zu verhalten. (Zustimmung.) Die Arbeiterregierung nach dem 9. November hat nur unter den schwierigsten inneren Kämpfen die alte Forderung der Demokratie durchzuführen können. Die Verfassung von Weimar gibt, richtig angewendet, erhebliche Rechte. Der Redner schildert die geschichtliche Entwicklung der Regierungsbildungen bis heute. Die Arbeiter erkennen ebenfalls die Schwierigkeiten der Partei und sie haben nicht das Vertrauen zur Partei verloren. (Stürmische Unterbrechungen.) Aber Genossen, Berlin ist doch nicht Deutschland! Weil wir im Reichstag keine sozialistische Mehrheit haben, müssen wir versuchen, in einer Koalitionsregierung unsere sozialistischen Forderungen bis zu einem gewissen Grade durchzusetzen.

Als wir das Kabinett Stresemann auf eine neue Basis stellten, standen wir wirtschafts- und währungsrechtlich vor dem Chaos. Der jehige Reichstag wird niemals die Beschlüsse hart durchsetzen. Solange die Rentenfrage arbeitslos, mußte sich die Lage der Arbeiter dauernd verschlechtern. Dazu werden wir täglich und stündlich in unseren besten Absichten gehindert. Der katastrophalen Lage Deutschlands wegen haben wir dem ersten Ermächtigungsgesetz zugestimmt. Die Währungsverordnungen wären heute noch nicht erlassen, wenn jenes Ermächtigungsgesetz nicht angenommen wäre.

Nach dem Sturz des Kabinetts Stresemann haben wir es abgelehnt, den Reichstanzler zu stellen. Nun mußte der Reichspräsident andere Kandidaten suchen. Die Deutschnationalen waren bereit gewesen, die Regierung zu übernehmen. Sie wollten aber nur dann in die Reichsregierung gehen, wenn sie gleichzeitig die preussische Regierung übernehmen konnten. Es war die Gefahr einer deutschnationalen Regierung direkt vor der Tür und die hätte wahrscheinlich länger gedauert als eine sozialistische. Sie hätte brutal die Arbeitererschaft niedergestampelt. Außenpolitisch bedeutet eine deutschnationale Regierung die Verschärfung des Verhältnisses zu Frankreich. Im Interesse der Republik, im Interesse der Arbeitererschaft mußte eine deutschnationale Regierung verhindert werden. Die jehige Regierung hat keine Mehrheit im Reichstag. Etwas ist mir am Kabinett Herz lieber als am Kabinett Stresemann, das ist die Spitze. Der Zentrumspolitiker Marx hat Rücksicht zu nehmen auf die katholischen Arbeiter. Außenpolitisch hatten wir am Kabinett Stresemann nichts auszusagen. Wir können nichts dagegen haben, wenn Stresemann Außenminister ist.

Das jehige Ermächtigungsgesetz ist schlechter als das vorige. (Große Unruhe.) Beim vorigen Ermächtigungsgesetz waren wir in der Regierung, jetzt sind wir es nicht. Im Reichstagsausschuss,

der die Verordnungen der Regierung auf Grund des Ermächtigungsgesetzes prüft, ist die Sozialdemokratie durch 8 Vertreter vertreten. Ein Widerspruch der Sozialdemokratie im Ausschuss muß keine Krise bis ins Volk hinein ziehen. Das Ermächtigungsgesetz war notwendig, weil der Reichstag nicht in der Lage ist, die nötigen Verordnungen zu erlassen. Hätten wir das Gesetz abgelehnt, so hätte die Regierung auf Grund des § 48 handeln können. Dagegen kann der Reichstag die Aufhebungen von Verordnungen erzwingen. Bei Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes wäre der Reichstag aufgelöst worden. Heute, wo Rheinland, Pfalz und Ruhr nicht wählen dürfen, wo in Bayern keine Wahlen möglich sind, wo die Deutschnationalen die Wahlen verlangen, haben wir keine Veranlassung, den Reichstag zuzulassen.

Die Frage der Koalition ist eine Frage der Zweckmäßigkeit. Man muß jede Lage ausnutzen, die gestattet, im Interesse der Arbeitererschaft zu wirken. Erst wenn die deutschen Arbeiter eine sozialistische Mehrheit gewählt haben, werden wir keine Koalition mehr zu machen brauchen. Das Beispiel Österreichs und Englands kann nicht als Vorbild für Deutschland benutzt werden, da die Verhältnisse in diesen Ländern ganz anders sind. Die kapitalistische Spaltungspolitik hat den Mussolini geboten, Spaltung in Deutschland wird die Wespennest und Herz auf den Thron erheben. Geben Sie das Beispiel der Einigkeit, härten Sie das Vertrauen zur sozialdemokratischen Partei. (Starker Beifall.)

In der

Diskussion

sprach als erster Redner Genosse Kurt Heilig. Wenn man draußen im Reich spricht, dann hört man sehr oft, daß die Funktionäre Berlins oft selbst ihre Beschlüsse nicht beachten. J. B. hat eine Konferenz an den Reichspräsidenten das Ersuchen gerichtet, den Achtstundentag zu schließen, nachdem vorher eine Konferenz keinen Ausschluß aus der Partei verlangt hat. Wir Sozialdemokraten machen die Sache der Bürgerlichen gegen Feigner nicht mit. Meine Stellung gegen Feigner ist bekannt, ich darf das sagen. Aber ich darf auch sagen, daß die Berliner heute froh wären, wenn Feigner damals auf meinen Brief gehört und nicht nach Berlin gekommen wäre. Wenn das das einzige Verdienst der Mehrheit ist, die Reichstagswahl jetzt, wo es den Deutschnationalen paßt, die Wahlen verhindert zu haben, so ist auch dieses Verdienst nicht gering. Genosse Crispian, Deine heutige Rede, das war kein Brückenbau, das war eine Vertiefung der Kluft in der Partei. (Beifall.)

Gen. Seeger: Wir müssen die Meinungen klar scheiden und das bessere wählen. Wir treiben heute die Koalitionspolitik nicht um der Arbeitererschaft willen, sondern um ihrer selbst willen. Wenn das Interesse der Arbeitererschaft dem Staatsinteresse gegenübersteht, haben wir im Interesse der Arbeitererschaft zu handeln. Der grundlegende Fehler ist, daß sich bei uns die Auffassung von einem über dem Ganzen stehenden Staat eingebürgert hat. (Beifall.)

Bernhard Krüger: Wenn ich morgen in den Betrieb komme, dann weiß ich nicht, wie ich den Kommunisten gegenüberzutreten soll, wenn der erste Vorkhabe der Partei die Organisation für alles verantwortlich macht. (Beifall.) In Bayern werden unsere Genossen niedergedrückt, dort sind sie dem Ruhr-Regiment ausgesetzt. Genau so würden die Deutschnationalen hier handeln. Ich habe ich vor der Arbeitererschaft der AEG, Beisitzer der Partei vertreten, denen ich nicht zustimmen kann. Deshalb verlange ich von einem Parteivorstand, Gewöhnen wir uns ab, Strahnpolitik zu treiben und achten wir die Auffassung der Mehrheit. (Beifall.)

Genosse Aufhäuser: Ich bin der Meinung, daß heute hier Genosse Crispian die Realpolitik, Genosse Hildenbrand die Illusionspolitik vertritt hat. Mit dem Ermächtigungsgesetz steht der alte Plan, die Reichsbahn der Privatindustrie auszuliefern, im Zusammenhang. Man hat aus dem ersten Ermächtigungsgesetz nichts gelernt und dem zweiten zugestimmt. (Beifall.) Die Partei muß leiden, wenn die Meinung der Opposition beschränkt wird. Der letzte Parteiausschuss, der die Opposition beschränkt, ist sehr bedauerlich. Der Redner hält die Handlung des Genossen Hoffmann, der aus der Reichstagsfraktion ausgeschlossen wurde, für falsch. Aber es war auch nicht richtig, ihn auszuschließen. Man fördert die Disziplin nicht, wenn man sie mit Gewissensfragen befaßt. Unsere Partei ist in fünf Minuten geschlossen, wenn die Parteipersonschaften bereit sind, sich über den Weg der Partei zu unterhalten. Nicht weil es die Opposition verlangt, sondern weil es die demokratischen Verhältnisse erfordern. (Beifall.)

Genosse Stampfer: Es ist ein Verbrechen an der Arbeitererschaft, jetzt auf eine Spaltung hinzuwirken. Wenn man keine Spaltung wünscht, dann möge man sich auch des rechten Tones befleißigen. In einem Teile der sächsischen Presse wird eine Sprache geführt, die darin gipfelt, die jehigen Parteiführer mögen sich aufhängen. Deswegen hat der Parteiausschuss einen Beschluß gefaßt, der eine stärkere Parteidisziplin erzielen will. Auch ich bin der Meinung, daß wir die Macht im Staat erringen müssen. Nur über die Wege gehen die Meinungen auseinander. Schön war es nicht, für das Ermächtigungsgesetz zu stimmen. Aber wir sind Gegner des Ausnahmezustandes. Der Artikel 48 ist der Ausnahmezustand. Wir wollen den Reichstag nicht gänzlich ausschalten lassen. Wir wären verloren, wenn wir nicht einheitlich zusammenhielten. (Beifall.)

Genosse Heibitz teilt dem Genossen Heilig entgegen, der in der Frage des Antrages, den Reichspräsidenten auszuschießen, falsch argumentiert habe, denn das Ersuchen, den Achtstundentag zu schließen, sei nicht an den Genossen, sondern an den Reichspräsidenten gerichtet gewesen. Der Redner polemisiert scharf gegen alle Tendenzen, die auf Spaltung der Partei hinauslaufen. Die Mehrheit der Berliner Parteigenossen denkt nicht an Spaltung. (Beifall.)

Ein Schlußantrag wird angenommen. Im

Schlußwort

bittet Genosse Hildenbrand, die Resolution Crispian abzulehnen. Dieses Mitspracherecht wird das Vertrauen der Partei untergraben. Sie nehmen mit der Annahme dieses Antrages keinem Genossen der Fraktion die Verantwortung ab. (Beifall.)

Genosse Crispian geht in seinem Schlußwort auf die Ausführungen der Genossen Heilig und Krüger ein. Er vermahnt sich mit großer Schärfe dagegen, daß er die Luft in der Partei durch seine Rede vertieft habe. Genosse Heilig habe sich vorgenommen, das zu sagen, um darauf hinzuweisen, daß er, Crispian, die Partei spalten wolle. Er könne aus seinem Herzen keine Würdegrube machen und mit seiner Meinung zurückhalten. Er wolle bleiben ein Sohn des Volkes. Er wolle keine Titel und Ämter haben. (Beifall.) Er werde immer daran arbeiten, die Arbeiter unter einer Fahne zusammenzubringen. Wenn man 32 Jahre auf Seiten der Arbeitererschaft gestanden hat, dann darf sich jeder erlauben, einen heruntersprengen.

Stresemann hat nur widerstrebend das Ruhrabenteuer abgebaut. Hoffentlich wird uns der Genosse Hildenbrand gegen alle Verordnungen der Regierung unterstützen, die sich gegen die Arbeiter richten. Die Resolution soll die Plattform schaffen für die Kämpfe der nächsten Zukunft. (Beifall.)

Mit übergroßer Mehrheit wurde folgende

Entschließung

angenommen:

Die Zustimmung der Reichstagsfraktion zum zweiten verschärften Ermächtigungsgesetz, die wir verurteilen, befaßt die Partei abermals in der schwersten Weise. Obenkrein beendet es weder die schleichende politische Krise, noch beseitigt es weitere Konfliktsgefahren.

Das Ermächtigungsgesetz bedeutet in seiner Gesamtheit eine Stärkung der Reaktion.

Politisch, durch die Aufhebung demokratischer Grundrechte und die Ausweitung des Budgetrechts des Reichstages. Wirtschaftlich und sozial, durch die bekannten Pläne der Regierung auf dem Gebiete der Steuern und Finanzen und der Sozialpolitik: Schonung der Besitzenden, größere Belastung der Arbeiter, Angestellten und Beamten, rohen und unsozialen Ausbau der Verwaltung, der sozialen Fürsorge und kultureller Wohlfahrtsanstalten.

Gegenüber dem plötzlichen Vorgehen der Reaktion auf der ganzen Linie gibt es für die Arbeiter, Angestellten und Beamten nur ein Mittel: den selbstbewußten Kampf für den Sozialismus. Den Forderungen der reaktionären Bourgeoisie stellen wir die Forderungen des klassenbewußten Proletariats entgegen:

Festigung der Reichseinheit, Ausbau der Republik zum organisch gesicherten Einheitsstaat.

Umfassende Demokratisierung und Reorganisation der Verwaltung nach modernen Grundgesetzen.

Grundlegende Finanzreform, die auf dem Prinzip der Quellenbestimmung und der Kostenverteilung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit aufgebaut ist.

Umwandelbare Beteiligung des Reichs an den Erträgen der kapitalistischen Unternehmungen.

Sicherstellung der Ernährung der Bevölkerung unter Förderung und Mitwirkung der Genossenschaften.

Kontrolle der privatwirtschaftlichen Monopole. Sozialisierung der Schlüsselindustrien, insbesondere des Bergbaus.

Schutz der Arbeiterschaft durch Ausbau der sozialen Gesetzgebung. Ausreichende Fürsorge für Bedürftige, Arbeitsfähige und Arbeitslose.

Aufhebung des Ausnahmezustandes.

Viele nächsten Kampfsziele erfordert die höchste Kräfteanstrengung des Proletariats, die Stärkung seiner politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen. Die Kräfte des Proletariats lebendig zu machen und zusammenzufassen für den selbstbewußten sozialistischen Klassenkampf ist die Aufgabe aller Parteigenossen und auch die der Reichstagsfraktion, durch eine klare und sichere selbständige Arbeiterpolitik.

Ferner wurde ein Antrag angenommen, der sich gegen das Spiel mit dem Gedanken einer Parteispaltung richtet und die Treue zur Partei versichert.

Herunter die Goldpreise.

Bessern hat der in der vorigen Woche begonnene Preisabbau einen unerfreulichen Stillstand erfahren. Nur wenige Artikel, die bis jetzt ihren Höchstpreis behaupteten, gaben unwesentlich nach, während die meisten Waren im Preis an zogen. Wirtschaft und Handel scheinen entschlossen zu sein, mit aller Gewalt die unberechtigte und durchaus übertriebene Profitrate behaupten zu wollen. Sie haben der Regierung somit bewiesen, daß mit platonischen Ermahnungen und Barmherzigkeiten nichts erreicht werden kann. Die unerhörten Spannen zwischen den Friedens- und den gegenwärtigen Preisen offenbaren einen beispiellosen Wucher, über den jede weitere Erörterung zwischen Regierung und der privaten Wirtschaft, wie sie in der letzten Woche mit durchaus negativen Resultaten stattgefunden hat, überflüssig ist. Die Regierung hat jetzt allen Grund, die Richt- bzw. Angemessenheitspreise ohne Verzögerung durchzuführen. Nur unter Anwendung scharfer Mittel kann sie eine Entwicklung verhindern, die unheilvolle Auswirkungen haben muß. Wenn Herr Hamm unter Berufung auf die Höchstpreise der Kriegszwangswirtschaft Abneigung gegen ein im großen und ganzen zwar unerfreuliches, aber unter den gegenwärtigen Umständen durchaus notwendiges Mittel zur Besserung zeigt und die Hände in den Schoß legt, trifft die ganze Schuld einer neuen Inflation nur ihn, denn der anormale Warenpreis muß unbedingt die Rentenmarkt mit in den Abgrund reißen. Unter dem Druck der täglich steigenden Goldpreise sind Lohnforderungen in ganz kürzester Zeit zu erwarten. So beginnt dann wieder die Schraube ohne Ende, die den Wiederaufbau Deutschlands schon einmal zum Scheitern brachte.

Die Banken als Wucherer:

Die großen Bankvereinigungen, u. a. die sogenannte Berliner Sempelvereinigung, haben den Beschluß gefaßt, für Rentenmarkkredite 12 Proz. Jahreszinsen zu nehmen. Dazu wollen sie aber noch eine Provision in der Höhe von 6 Proz. verlangen, so daß tatsächlich für Rentenmarkdarlehen 18 Proz. Zinsen (!) gezahlt werden sollen. Das ist rund 80 Proz. mehr, als Reichsbank bzw. Rentenbank fordern und gut das Vielfache der im Frieden üblichen Zinsen. Der Diskontsatz in Deutschland betrug z. B. am 1. Juli 1914 nur 4 Proz. und die Banken der Haupthandelsstädte begnügten sich auch heute noch mit einem Satz von 5 bis 7 Proz. Dabei muß man berücksichtigen, daß es sich um Kredite mit Goldklauseln handelt, die gegen eine evtl. Rentenmarkinflation unter allen Umständen geschützt sind. In Wirklichkeit werden nicht die Kreditnehmer, sondern die Konsumenten die Wucherszinsen bezahlen, denn die Rentenmarkzinsen werden prompt auf die Waren umgelegt. Man darf wohl ein sofortiges Eingreifen der Regierung mit gutem Recht erwarten. Unsere Banken sind heute Raubbauern geworden, die durch einen standstilligen Wucher das ganze Geschäftsleben zum Erliegen bringen und die Massen bedrücken.

Bei dieser Gelegenheit sehen wir uns verpflichtet, auf die Mißgunst hinzuweisen, die unsere Banken infolge ihrer glorreichen Kreditpolitik gerade in den letzten Wochen gemacht haben. Obwohl die Mark sich besserte, also Inflationschäden gar nicht in Betracht kamen, sind für Billionenmarken zum Schaden der Geschäftswelt und der Käufer Trillionenzinsen verlangt und gezahlt worden. Die Regierung kann wohl nicht leugnen, daß hier ein unverdienter Wertzuwachs vorliegt, an dem sie auf ihrer Suche nach neuen Geldquellen hoffentlich nicht vorbeigehen wird.

Nur keine Steuern!

Die süddeutschen Landwirtschaftskammern protestieren.

München, 10. Dezember. (T.L.) Die süddeutschen Landwirtschaftskammern haben in einer am 7. Dezember in München abgehaltenen Konferenz sich mit der Steuerfrage befaßt und festgestellt, daß die durch die Steuernotverordnung in Aussicht genommene Belastung nicht erträglich ist, daß die viel zu hohen Veranlagungen der süddeutschen Landwirtschaft zum Wehrbeitrag zu außerordentlich starken Härten geführt hat und daß die Goldmarkinflation des landwirtschaftlichen Grund und Bodens so erheblich ist, daß die Ausrechterhaltung des landwirtschaftlichen Betriebes nicht mehr gewährleistet werden kann. Was die Rentenbank angeht, so müsse eine einseitige Belastung der Landwirtschaft zu katastrophalen Verhältnissen in der Volksernährung führen. Eine grundlegende Reform der unbilligsten Steuererhebung müsse erfolgen und den Ländern ihr Hoheitsrecht zurückgegeben werden.

Warten / weil ohne Arbeit!

Bilder von der Erwerbslosenfürsorge.

Dieses scheußliche vierstündige Warten! Es ist schlimmer, greift mehr an die Nerven als schweres Arbeiten. Langsam hat sich ein gewisses System herauskristallisiert, Ordnung in die Zustände einzubringen und die Wartezeit möglichst abzukürzen. Trotz der im allgemeinen anzuerkennenden Arbeit der Arbeitslosenräte, die sich überall gebildet haben, ist man von zufriedenstellender Regelung noch weit entfernt. Es fehlt der einheitlich leitende Kopf, der, wenn auch in den einzelnen Bezirken die Verhältnisse recht verschieden sind, für eine Ordnung sorgt, welche die Abfertigung aller Unterstützungsempfänger innerhalb weniger Stunden ermöglicht. Ganz so schnell, wie es gewünscht wird, kann es naturgemäß nicht gehen. Müssen aber noch immer viele Erwerbslose in ganz unzulänglichen Räumen sich bis zu zehn Stunden die Beine in den Bänken stehen, ehe sie ihre paar Billionen erhalten, so stimmt etwas nicht in der Organisation.

Das schwierige Zahlgeschäft.

Die Arbeit der Zahlbeamten ist keineswegs so einfach, wie sie aussieht. Es gehört eine große Ruhe und geistige Konzentration dazu, 8—10 Stunden lang ohne Unterbrechung zu zählen und zu zählen, vor allen Dingen sich nicht zu verärgern. Wiederholt sind beim Tagesabschluss erhebliche Fehlerräte festgestellt worden. Diejenigen zu ermitteln, die unrichtig erhalten haben, gelingt nur selten. Noch seltener sind die Gemütskranken, die überhöhenes Geld freiwillig zurückgeben. Mancher merkt vielleicht gar nicht, daß er unrichtig bekam. Das zwingt die Beamten, sich nicht zu überhaken. Ein Beamter, der in der Stunde fünfzig Erwerbslose abfertigt, ist schon sehr tüchtig. Man kann sich also leicht ausrechnen, wieviel Zeit drei Beamte brauchen, um 1500 Empfänger zu befriedigen. Das macht zehn Stunden! Dabei ist das Zahlgeschäft von nicht vorzunehmenden Nebenumständen abhängig. Je größer die Scheine im Nennwert sind, desto leichter und schneller widelt sich die Auszahlung ab. Umgekehrt erfordern kleine Scheine doppelte und dreifache Zeit. Zur Beschleunigung gibt es verschiedene gangbare Wege, vor allem: Vermehrung der Zahlstellen und Einteilung in Gruppen bis zu höchstens 500 Erwerbslosen, pünktlicher Beginn des Zahlgeschäfts, Vermehrung der Zahlbeamten, Bereitstellung passender Geldorten, kein Gedränge vor den Zahlkassernen, keine Störungen der Zahlbeamten durch überflüssige Reden. Ueberhaupt kann Selbstdisziplin, von besonnenen Ordnern nur leicht geleitet, gerade hier, wo die Not soziale verschiedenartige Elemente bunt zusammenwürgelt und leicht nervös macht, dem Anstand des Wartens viel von seinen Unzulänglichkeiten nehmen. — Weshalb sind launend Menschen schon morgens vor 7 Uhr da, wenn es noch dunkel ist? Vor der neunten Stunde wird doch kaum mit der Zahlung begonnen. Zusammengeballte Köpfe, wildes Gedränge, bedrückendes Stimmengewirr, Schimpfen in aller Morgenröthe, ständige Luft... das ist für die Ordner die erste harte Geduldsprobe. Mit Mühe und manchem leider notwendigem scharfen Ausdruck wird einigermaßen Ordnung in die unordentliche Masse gebracht. Herrgott, zum Vergnügen haben sie sich nicht so früh auf die Strümpfe gemacht. Nummern werden ausgeteilt, und jeder möchte eine möglichst niedrige Nummer erwischen. Wer bis zwölf sein Geld erhält, kann noch von Glück sagen. Ritzen besser sieht man es, daß die Nummern immer zu den unfreiwillig Dummsten gehören, die am höchsten besetzten müssen, was sie am nächsten zum Leben gebrauchen. Das ist die stille Angst, die aus jedem Anblick leuchtet, sich immer wieder berechnen zu lassen, was man in Worten des Unwissens. Das ist auch der Hauptgrund, weshalb eine durchgreifende Änderung des Zahlsystems gefordert werden muß. Oft wird noch weit nach 7 Uhr abends gezahlt. Man geht hungrig ins Bett...

Der Tag am Schalter.

Wiesiel kostbare Zeit wird da verstreut! In der Regel ist der ganze Tag in erzwungener Unnützigkeit verloren. Ihr sagt, ihr, der Lebensnot Unkundigen, daß ja die Erwerbslosen nichts zu tun und genug Zeit zum Warten haben? Versucht es doch einmal, ihr Geschwätzigen und Superflügen, allein von solcher Unterstützung zu leben. Kennt es doch lieber ein Glück, daß die Erwerbslosen nicht faulenzeln und jede Gelegenheit ergreifen, einige Milliarden zu verdienen. Wißt ihr, was ein guter Gradmesser der Not ist? Die Raucher unter den Erwerbslosen sind immer seltener geworden. Nur

hier und da noch sieht man die geliebte Zigarette, und eine Hundert-Milliarden-Zigarette, von irgendeinem Wohlthäter gespendet, wird ehrlich angekauft. Doppelt lange währt die qualvolle Wartezeit ohne die gemütsberuhigende Pfeife. Auch das Politisieren wird schließlich langweilig, hört man immer die gleichen Tiraden und den abgedroschenen Refrain, von wannen der starke Mann kommt, der die Karre aus dem Dreck fährt. Rubelos pendelt man hin und her... die Stunden scheiden so träge. In einer Ecke schneidet ein spekulativer Geist die Haare, für billiges Geld. Ein Erwerbsloser kann doch im Baden nicht eine halbe Billion dafür ansetzen. Keltische Frauen häßeln und sträuben... wenige nur. Am besten findet sich noch die Jugend ab. Die hat ja das Leben noch vor sich, ist auch hier gut ausgelegt zu Scherz und Spott. Pfändet die Rosen, solange noch das Dampfen glüht... Für die anderen und alle die Verheirateten, Brautpaaren, aus dem Sattel der Existenz Geworfenen zumeist heißt's warten, warten, warten! Auf das lumpige Geld? Oder warten mit gebundenen Händen vielleicht auf noch größere Not. Den Kopf voll müßiger Gedanken, was werden soll, wenn die Unterstützungswochen zu Ende gehen und noch immer keine Aussicht ist auf Arbeit. Die Jungen, Kräftigen, die wird man brauchen können und ausfortieren für Notstandsarbeiten. Was machen die Keltischen, Ausgemergelten, halb Verbräunten? Durch die ständigen Schweden des Warterraums schreitet ernsthaft je Frau Sorge...

Was wird nach 26 Wochen?

Viele Erwerbslose sind über die Höchstdauer der ihnen zustehenden Unterstützung nicht genügend unterrichtet. Nach einem Erlaß des Reichsarbeitsministers vom 24. September 1923 soll die normale Höchstdauer nach wie vor 26 Wochen betragen. Ueber diese Zeit hinaus soll die Fürsorge nur ausnahmsweise und zur Vermeidung unbilliger Härten gewährt werden können. Eine unbillige Härte ist nach diesem — inzwischen durch den gewaltigen Umfang der Arbeitslosigkeit weit überholten Erlaß — in der Regel dann nicht anzunehmen, wenn der Erwerbslose keine Angehörigen zu ernähren hat. Bei solchen Erwerbslosen soll nur in Ausnahmefällen eine Nachfrist von vier bis sechs Wochen bewilligt werden. Von diesen Grundfällen darf abgegangen werden zugunsten der Angehörigen des Spinnstoffgewerbes, der Schuh- und Schiffschmiederei, Tabakarbeiter und Zigarrenmacher, Buchdrucker und Schriftsetzer, Buchbinder und berufserwerbender Gewerbe. Eine Höchstdauer von 39 Wochen ist grundsätzlich nicht zu überschreiten.

Somit müssen Erwerbslose schon vor Ablauf der 26 Wochen den Antrag auf Verlängerung der Unterstützungszeit stellen. Da das voraussichtlich die meisten Erwerbslosen tun werden, bedeutet die Masse der Anträge eine riesige Ueberlastung der schon ohnehin ungenügend in Anspruch genommenen Fürsorgestellen. Gegenüber der Notlage von Hunderttausenden ist mit solchen veralteten Richtlinien nicht viel anzufangen. Es muß ganz anders Vorgehen getroffen werden, daß nicht nach einem halben Jahre ein Heer von Arbeitslosen, von denen bereits ein Drittel aus anderen als Arbeiterkreisen stammt, völlig ohne Existenzmittel ist.

Schweißungen durch Leuchtgasflammen.

Der Gasbetriebs-Propagandaabteilung der städtischen Gaswerke A.-G. Berlin ist es nach langen Bemühungen gelungen, einwandfreie Schweißungen von Flach- und Rund-eisen in der Leuchtgasflamme, ohne jedes Zusatzmittel, zu erreichen, was bislang aus verschiedenen Gründen nicht möglich war. Die Schweißungen sind sowohl mit Niederdruckgas und Preßluft, als auch mit Preßgas durchgeführt worden. Das neue Verfahren ist nicht nur für die Großindustrie, sondern gerade für Kleinwerkstätten und Kleinindustrie wichtig, die bisher auf Kohlen-schmelzfeuerungen angewiesen waren. — Die Untersuchungen des Materialprüfungsamtes haben ergeben, daß die Schweißungen vollkommen waren. Nähere Einzelheiten werden in Kürze in den technischen Zeitschriften bekanntgegeben werden. Auskünfte erteilen die städtischen Gaswerke, Stadtbaumeister F. Reisinger, Propagandaabteilung, Neue Friedrichstraße 109.

Die Krögelriete.

Jeden Sonntag, wenn die Neugierigen aus allen Himmelsrichtungen zum Krögel pilgern, um hier die älteste historische Gasse Berlins zu bewundern, tritt aus irgendeinem Winkel eine kleine alte Frau hervor: „Na, meine Herrschaften, kennen Sie mich denn nicht, nee, wirklich nicht, ich bin doch die Krögelriete, hier habe ich doch gewohnt, ganz früher, wo es noch keine hohe Häuser und keine kleine Villen gab.“ — Ihre hohe silberhelle Stimme, ihre farblosen, aber stets unausgesetzt lächelnden Züge und die beiden noch lebhaft blühenden Augen geben dem Ganzen eine innere Harmonie. — „85 Jahre bin ich, ich die Krögelriete, schon alt, und denke noch lange nicht an Sterben. Ja ja, wie so die Zeit vergeht, jetzt bin ich ein altes Weib, „eine olle Schraube“. Wenn ich aber an meine Jugendzeit denke, was wir da alles gemacht haben, ich sage Ihnen, da staunen Sie, meine Herrschaften! Als ich noch ein kleines Mädchen war, habe ich immer beim Kaufmann Hauke da draußen — jetzt ist er schon lange dood — mit den Fingern die Sirupfläße ausgetraht, ja, ja, mit den Fingernägeln, dann hab ich sie abgeleckt, hi, hi, hi... Und einmal, da war ein Joh noch voll gewesen, und da bin ich rimm gefallen und meine Haare sind im Sirup festengeblieben, mit der Beene hab ich in der Luft so zappelt, da hab ich „Hilfe“ geschrien. Ja, ja, bei ist alles reene Wahrheit, meine Herrschaften, reene Wahrheit. Denn haben wir Mädchen jeshauspielt, mit 'n weißen Laten und roten Sonn-schirm sind wir auf dem Krögel entlang spaziert, immer hin und her.“

„Da oben, wo die Fenster sind, wohnte der Tischler Wosjen, bei dem habn wir imma Musstufen an der Türe jeklatst, die hat er jern jessien, weil er keene andere hatte, und den haltm wir verulst, weil er die Reesenquerscher (die Säge! Der Verf.) baute.“

Während des Sprechens gestikuliert die Krögelriete mit Händen und Füßen. Scharf beobachtet sie die Zuhörer, ob auch alle ihren Worten lauschen, lächelt immer und wiegt sich beim Erzählen wie im Tanz hin und her.

„Jeden Sonntag hat uns unser Vater da unten ans Wasser jeschleest, und mit schwarze Seife und mit 'n Wasserpinjel uns ab-jessest, denn wir haltm Läuse, hi, hi, hi.“

„Als ich 10 Jahre alt war, da habn die Schuhmänner unsern Trich Reuter und andere, die Revolution jemaacht haben (1848! Der Verf.), zu die andern Babrecha in die Stadtvogel, da vorn in die Ecke, jehen Sie da jebraucht.“

„Ja, ja, een jungen Roman könnte ich jchreiben, een janz biidet Buch, doch ich kann nicht mehr jchreiben, wenn ich een Wort jchreibe, denken die Leute imma, ich male ene Handkarte. Na aber bin eene alte Frau heite, erzähle jeden siemten Tag den Kinderchens, was ich vor 75 Jahren alles jesehen und anjestellt habe. — Meine Kinderchen, meine Herrschaften, habn Ihr schon die alte Sonnenuhr da drüben, über die Tür da, jesehen, die hängt schon über hundat Jahre dort, darunter is een scheener Spruch anjemaht, habn Ihr den jesehen? Der Spruch heeßt:

Dem Tode gewiß,
Der Zeit ungewiß!

„Ja, ja, so is et, meine Herrschaften, janz jenan sol!“ —

Neue amerikanische Einreisebestimmungen.

In Ergänzung unserer Veröffentlichung vom 23. November: „It Rettung in der Ferne?“ teilen wir mit, daß die Einreisebestimmungen für Mexiko, Kuba und Guatemala insofern eine Verschärfung erfahren haben, als das Vorzeigegeld, über das der Einwanderer bei der Einreise verfügen muß, erhöht worden ist. Von jedem erwachsenen Passagier der III. Klasse oder des Zwischendecks, der nicht in der Lage ist, einen von der mexikanischen Behörde beglaubigten Arbeitskontrakt vorzulegen, wird verlangt, daß er bei der Landung in Mexiko im Besitze von 100 amerikanischen Dollar ist. Ein mexikanisches Passivum entbindet nicht von dieser Vorschrift. Die kubanische Verfügung lautet dahin, daß das Vorzeigegeld für Passagiere, die weder die Staatsangehörigkeit Kubas noch die der Vereinigten Staaten besitzen, 60 amerikanische Dollar beträgt. Passagiere, die in einem Hafen Guatemalas an Land gehen und die Staatsangehörigkeit zur Republik Guatemala nicht nachweisen können, müssen 25 amerikanische Dollar besitzen. Außerdem müssen bei der Landung sowohl in Mexiko als auch in Kuba und Guatemala die Einwanderer über soviel Barmittel verfügen, als zur Bestreitung der Kosten der Reise vom Ausflugsort zum Bestimmungsort erforderlich sind.

Copyright Georg Müller, München.

Die Lofoffischer.

Roman von Johan Bojer.

Die Schatten hoher Felsen an der Einbuchtung eines Fjordes fielen herüber. In der Mündung sah man eine Stadt von Masten und Stimmengeschwirr wurde vernehmbar. Was war das? Kristaver bedachte sofort, daß, wenn der Schwarm, von den Walen verfolgt, in diesen Fjord eingebogen war, er nicht wieder heraus konnte, denn einige Meilen landwärts endete der Fjord in eine Felsenklüftung. Jetzt wurde das Stimmengeschwirr stärker, Kristaver wendete sich um und blickte hinüber. Was? Was bedeutete das? Quer vor die Fjordmündung hatte sich eine Anzahl Dampfer wie eine Kette gelegt. Sie sperrten die Einfahrt. Die Boote konnten nicht weiter. Sie schoben sich zusammen. Und als nun die Robbe näher heranschloß, steigerte sich das Stimmengeschwirr zu wildem Lärm, Heulen, Schimpfsworten, Rufen von Tausenden von Fischern. Die Dampfer töteten. Die Rufe klangen auch zu den Booten hinüber, die noch mit aller Kraft ruderten, um rechtzeitig anzukommen.

„Was ist denn los?“ rief Kristaver einem Boot zu, das vor ihm lag.

„Sie sagen, der Kabeljau steht wie eine graue Mauer im Fjord, aber die Dampfer sperrten die Fischer aus. Die Großfischer wollen alles für sich haben. Sie haben Neze aus-geworfen. Und wir sollen nicht hinein.“

„Teufel auch!“

Im nächsten Augenblick stand Kristaver auf der Ruderbank. Er warf den Kopf in den Nacken und legte die Hand an den Steuerhebel, den Südwestler hatte er schon in der Nacht abgenommen, jetzt stand er barhäuptig da mit dem hellen, lockigen Haar. Und nun sah Lars seinen Vater wieder an und dachte an Olav Tryggvason. Dies wurde die Schlacht bei Snolder.

„Rudert!“ sagte er.

Sie waren schon in einem wilden Gedränge von Booten, aber doch war es noch einige Steinwürfe bis zu den Dampfern, wo der Lärm am argsten war. Die Fjordmündung war nicht mehr als eine halbe Viertelmeile breit, zu beiden Seiten waren steile Felsen, dicke Vogelschwärme standen drinnen und wogten wild kreisend auf und nieder. Das

hejste die Fischer auf. Dort drinnen war Reichtum, aber sie sollten ausgesperrt werden. Der Großfischer, der vornehme Herr, wollte alles haben.

Jetzt hörte man das Schnauben des Walisches im Fjord, er hatte fehrigemacht und wollte sich hinausretten, sah aber die Mauer der Dampfer, die den Weg absperren. Neuer Schreck — er warf sich herum und schwamm schnaubend wieder fjordwärts. Das erhobte die Fischer noch mehr. Wo der Wal ist, da ist Reichtum.

Ein Geheul von tausend Stimmen erhob sich, Bäuste drohten, verzerrte Gesichter sahen aus Hunderten von Booten heraus. „Ruh! uns in den Fjord hinein, oder wir schlagen euch tot!“

Aber auf den Dampfern war keine Menschenseele zu sehen. Die schweren Eisenrümpfe versperrten nur den Weg. Doch, auf dem Dampfer, der gerade vor der Robbe lag, tauchte jetzt auf der Kommandobrücke ein Herr im Pelz auf, mit rotem Gesicht und in einer Pelzmütze, er ging gemächlich auf und ab und rauchte eine lange Pfeife. Der Kapitän im Des-rock erschien auch neben ihm und rief: „Ihr müßt euch gedulden, Leute, bis wir die Neze geleert haben. Wer zuerst kommt, mahlt zuerst. Fahrt nach Hause zu euren Fischbänken — dies hier gehört uns!“

Ein höhnelächelndes erdröhnte. „Euch! Gehört der Fjord euch! Und der Fisch in der See, gehört der euch? Hahaha!“

Da ertönte eine bekannte Stimme ganz hinten im Schwarm der Boote: „Vorwärts, Jungens! Der Teufel soll die Kerls holen! Los, Jungens!“

Und das war Jakob, der auch schon eingetroffen war, und dessen Boot ganz hinten neben Per Suzansa lag. Aber sein Kampfsprung wurde in einem wilden Chor wiederholt: „Vorwärts, Jungens! Schmeißt sie ins Wasser, los, Jungens!“

„Vorwärts!“ schrie auch Kristaver und sprang mit einem Ruder in der Hand nach vorn auf das Boot vor ihm. Wo der Vater ist, muß auch der Sohn sein, Lars war schon neben ihm mit einem Bootshaken, Raneles, Elezeus Hylia und Henrik Rabben kamen hinterhergetrampelt, schwangen Ruder und Schöpfgefäße oder eine Gaff durch die Luft. Aber Arnt Asan fand, einer müsse auf das Boot aufpassen, und ehe er sich's versah, stand er auf dem Platz des Führers und hielt das Steuer, gerade, als habe ihm einer den Oberbefehl auf der Robbe anvertraut. Jetzt stampften die schweren Wasserstiefel von Boot zu Boot — die Handwaffen waren nicht

scharf, aber sie wurden in der Luft zu einem Wald, der auf die Dampfer wogte. „Drauf! Drauf! Schmeißt sie in die See!“

Da begann ein Dampfer zu tuten, als rufe er um Hilfe. Der größte Teil der Besatzung war wohl im Fjord bei den Nezen. Und nun kletterten die Fischer an Bord. Gott gnade denen, die sie fassen würden. Aber das hatte man vorausgesehen. Von dem Nachbar dampfer richtete ein Maschinist einen Schlauch mit kochendem Wasser den Anzeifern gerade ins Gesicht. Es verbrühte ihnen die Haut. Es machte sie blind. Geheul ertönte, Jammergeschrei, Flüche. Sie taumelten zurück und wieder in die Boote hinunter. Das Deck der Dampfer wurde reingefegt. Der Angriff war zurückgeschlagen. Der Fang mit Senknehen, bei dem man den Reichtum aus dem Meere schöpfte, konnte im Fjord fortgesetzt werden.

Und immer noch kamen neue Boote hinzu, alle mit schweißüberströmten Männern, die aus allen Kräften gerudert hatten, um rechtzeitig heranzukommen. Die Wut steckte an, der Kampf, das Geheul und Gemurmel der Verbrühten hehten die anderen auf. Die Ruangangetommenen flogen schon von Boot zu Boot. „Drauf! Schmeißt sie ins Wasser!“

Diesmal wurden alle Dampfer gleichzeitig angegriffen, und die zuletzt kamen, räumten hitzig an denen vorbei, die bisher vorn waren, hier und da blinnte sogar eine Art. Aber der Großfischer hatte sich auf Verteidigung vorbereitet, sie hatten Schläuche mit Mengen kochenden Wassers bereit, sie spritzten gerade in die Gesichter hinein, die Männer taumelten wieder zurück, mehrere stürzten ins Wasser und muhten herausge-zogen werden — neues Geheul, Gemurmel und Gebrüll ertönte.

Aber Raneles Kommando war Korporal gewesen, und jetzt übernahm er das Kommando. „Gebt acht!“ schrie er. „Bajonett aufs Gewehr!“ Er selber zog ein Dolchmesser heraus und band es mit dem Scheidenriemen am Ende eines Ruders fest. Viele talen wie er. Und Raneles kommandierte: „An-fall mit Bajonett! Siecht die Schweine tot! Vorwärts marsch!“

Die Verbrühten waren am unbändigsten, die noch sehen konnten, taumelten mit Messern vorwärts, wild, wahn Sinnig vor Schmerz und Raserei. Aber wieder kamen die Wasser-schläuche. Die Felsen warfen das Geheul zurück. Der Löwen-schwarm kam jetzt herber, er stand in der Luft über den Booten und freischte, als warteten die Vögel auf Beute, auf die sie sich stürzen könnten. (Fortsetzung folgt.)

Eine dunkle Tat.

Der Reinkendorfer Frauenmord vor dem Schwurgericht.

Die Hochstuf der Nordprovinz, die in dieser Woche das Berliner Schwurgericht beschuldigt wird — es sehen Ende der Woche nicht weniger als vier Mord- und ein Totschlagsprozeß bei den drei Berliner Landgerichten zur Verhandlung an — wird eingeleitet mit der Verhandlung gegen den Händler Erich Weiß, der unter der Anklage steht, die Pflögerin Hedwig Pietzig in seiner Wohnung in der Dohmsstr. 4 in Reinkendorf ermordet zu haben.

Es handelt sich um einen Prozeß von großem psychologischen Interesse. Weiß war Anfang September Strohmäher und begab sich am 4. September am Bahnhof Friedrichstraße der durch ihre Schönheit auffallenden Pflögerin Pietzig, die gerade einen Verwandten zur Pohn gebracht hatte. Es gelang ihm, die Belamität des Mädchens zu machen und sie zu einer kleineren Bummelfahrt durch verschiedene Alleen und Weinstuben der Friedrichstraße zu bewegen. Dann begleitete die Pietzig den Angeklagten in seine Wohnung, wo sie zwei Tage und zwei Nächte verblieb. Nach den Angaben des Angeklagten wäre sie in ihn so verliebt gewesen, daß er sie nicht mehr los werden konnte. Ihrem kühnen Verlangen, sich von seiner Frau scheiden zu lassen und sie zu heiraten, habe er sich kaum erwehren können. Als sie am dritten Morgen halb angekleidet auf dem Balkon saß und ihn wieder mit ihren Liebesworten besüßelte, will ihn die Wut derart gepackt haben, daß er in die Küche rannte, ein spitzes Küchenmesser und einen Schlagring holte und das Mädchen damit so lange bearbeitete, bis es ohnmächtig in seinem Blut auf der Erde lag. Dann warf er sich auf die Bewußtlose und deckte ihr die Kehle zu, bis sie tot war. Sehr bezeichnend für den Angeklagten ist es, daß er der Leiche die Ringe und Wertsachen abnahm, die er dann sofort verkaufte. Ferner, daß er am Abend des Mordtages an einem Tanzpergolen des Fußballklubs „Liberta“ teilgenommen hat. In der Nacht darauf zog er die Leiche das Haus aus und steckte sie in einen Sack. Mit seiner grauenhaften Post auf den Schultern ging er durch die Straßen Reinkendorfs nach einem freien Platz nahe dem Jaun des Friedhofs der Nazareth-Kirche, wo er die Leiche im Sande vergrub. Drei Tage später wurde die Leiche gefunden und der Angeklagte bald darauf verhaftet. Rechtsanwalt Dr. Kurt Vinbar hat einen umfangreichen Beweis dafür angetreten, daß der Angeklagte, der jung verheiratet und unbestraft ist und in glücklicher Ehe lebt, bei Begehung der Missetat offenbar von Sinnen gewesen sei. Zur Beaufsichtigung seines Vermögens hat die Witwe des Dr. Thiele geladen. Der Angeklagte Weiß selbst befindet sich im Untersuchungsgefängnis wie ein Wahnsinniger, weint Tag und Nacht und zeigt ansehend tiefe Reue. Ein ausgedehnter Zeugen- und Sachverständigenapparat wird in dem psychologisch interessanten Fall wohl Klarheit über die Veranlassung zu der Tat bringen.

Auf der Spur eines Mörders.

Vor einigen Tagen wurde der 15 Jahre alte Knabe Rudolf Kienner, aus der Alten Jakobstraße, der am 8. Oktober von seinen Eltern nach Tiefensee geschickt worden war, um Kartoffeln zu kaufen, ermordet und beraubt. Die Drisspitzel ermittelte, daß er zuletzt mit zwei Männern auf der Chaussee Tiefensee-Bauernburg und Tiefensee-Freudenberg gesehen worden war. Es ist jetzt gelungen, einen dieser Männer festzunehmen. Es ist ein Fleischer Hermann Wehner aus Lichtberg, der in jener Gegend öfter Einkäufe gemacht hatte. Er behauptet jedoch, von dem Mord nichts zu wissen. Der junge Kienner sei mit jenem anderen Manne allein weitergegangen. Dieser Mann, der eine gelbliche Schiebermütze trug, soll, wie Wehner behauptet, die Mundart der dortigen Gegend gesprochen haben. Er soll mittelgroß sein und einen dunklen Anzug, anscheinend von der Stange gekauft, getragen haben. Mitteilungen zur weiteren Aufklärung nimmt Kriminalkommissar Seitzow im Postexpeditionen entgegen.

Lydias Tiergartenabenteurer.

Ein sauberes Bärchen, das seit geraumer Zeit im Tiergarten sein Unwesen trieb, wurde nach längerer Beobachtung von der Kriminalpolizei umschloß gemacht. Eine Sünderin Lydia Halle wußte es in den weniger belebten Gängen des Tiergartens, meistens in der Nähe des Brandenburgertores, so einzurichten, daß sie von alleingehenden Herren angesprochen wurde. Weislich das nicht, so wurde sie dreierlei und sprach selbst die Herren an. In allen Fällen aber schiederte sie ihr angebliches Glied und sie fand dafür

meistens alsbald Hüftbereitschaft. Wenn Lydia auf dem Spaziergang nicht alles erzählen konnte, so setzte man sich wohl auch auf eine Bank, um die mittelberregende Schilderung des Jammers zu verfolgen. Stets aber knüpfte plötzlich ein junger Mann auf, der den Herren zur Rede stellte, wie er dazu komme, mit seiner Frau spazieren zu gehen. Von Zurückgewiesenen war solcher Austritt natürlich sehr peinlich. Sie empfanden sich möglichst bald und entbedeten in der Regel erst später, daß Lydia ihnen die Uhr mit Kette oder auch die Briefftasche gestohlen hatte. Reflexen sie es vor dem Abgang und saßen sie Lydia den Diebstahl auf den Kopf zu, so bekamen sie es mit ihrem Bräutigam zu tun. Der verbot sich sehr entschieden eine solche Beschuldigung und versuchte das Fehlen der Sachen damit zu erklären, daß der Herr sie unterwegs verloren haben müsse. Er ließ sich dann Name und Wohnung geben und versprach, eifrig nach dem Gegenstande zu suchen, um seine Braut auch von der letzten Spur eines Verdachtes zu befreien. Tatsächlich brachte er auch wiederholt eine Uhr oder eine Briefftasche mit dem ganzen Inhalt zurück und ließ sich dafür eine hohe wertvolle ständige Belohnung geben. Er hatte natürlich nichts gefunden, sondern sich die gestohlenen Sachen von seiner Lydia geben lassen. Das Bärchen, das sehr festgenommen wurde, haufte auf einem Baubergelände in Hohenschönhausen. Bei der Verhaftung besaß es außer einer goldenen Uhr mit Kette noch 50 Schweizer Franken und eine Anzahl belgischer und französischer Noten.

„Schicksalsfragen der deutschen Presse“!

Die berufliche Ständevertretung der Berliner Redakteure und Journalisten aller Parteien, der Bezirksverband Berlin im Reichsverband der Deutschen Presse, veranstaltet am kommenden Freitag, den 14. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, im großen Sitzungssaal des Preussischen Landtags (Prinz-Albrecht-Straße) eine große Kundgebung über das Thema: „Schicksalsfragen der deutschen Presse“. Dabei werden Reichskanzler Dr. Marx und Reichstagspräsident Genosse Löbe über die Bedeutung der Presse, Chefredakteur K. Zermann über soziale und berufliche Fragen des Redakteurstandes sprechen.

Zum Besten einer Weihnachtsfeier für bedürftige Kinder findet am 11. d. M., abends 8 Uhr, in der Aula Sonnenburger Str. 30, ein Unterhaltungssaband statt, veranstaltet vom Drentlerverein „Die Naturfreunde“. Zur Vorführung gelangen Gellings- und Musikstücke unter Mitwirkung des Jüdischen „Menschen“ sowie Regitationen. Gütige herlich willkommen. Eintritt 20 Pf.

Einem schweren Verfall erlitt am Sonnabend, den 8. Dezember, ein Kurarbeiter durch Veralten einer Frau von 40 Jahren (großes Format, Kistobild-Amblyopie, Inzucht-Verhältnisse) im letzten Zuge der Strecke Stettiner Bahnhof-Berlin. Der erkrankte Arbeiter wurde getötet, seine Witwe an die Verkaufsstelle der Konsumgenossenschaft, Gansow, Berliner Str. 41, gelangen zu lassen.

Eisenbahnunglück zwischen New York und Chicago. Der Zug, der täglich die Strecke von Chicago nach New York in 20 Stunden zurücklegt, fuhr gestern infolge des starken Verkehrs vor Weihnachten in vier Abteilungen. Der zweite Zug überfuhr bei einem Bahnübergang ein Automobil, wobei vier Personen getötet wurden. Der nachfolgende dritte Zug beobachtete das Rotlichtsignal und hielt. Der darauffolgende vierte Zug fuhr infolge des dichten Nebels auf den dritten Zug auf, wobei der letzte Wagen des dritten Zuges zertrümmert wurde. 9 Personen wurden getötet.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

1. Kreis Spenden. Dienstag, den 11. Dezember, 7 Uhr. Kreismitgliederversammlung in der Oberrealschule, Wallstraße (Eingang vom Schulhof). Tagesordnung: „Die Reglemente und die Partei“.
2. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Sitzung der Parteivorstandes. Referent: Genosse Dr. Marx.
3. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Sitzung der Parteivorstandes im Zimmer 32 des Rathauses, Berlin.
4. Kreis. Mittwoch, den 12. Dezember, 8 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
5. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
6. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
7. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
8. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
9. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
10. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
11. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
12. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
13. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
14. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
15. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
16. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
17. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
18. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
19. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
20. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
21. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
22. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
23. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
24. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
25. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
26. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
27. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
28. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
29. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
30. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
31. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
32. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
33. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
34. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
35. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
36. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
37. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
38. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
39. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
40. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
41. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
42. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
43. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
44. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
45. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
46. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
47. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
48. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
49. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
50. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
51. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
52. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
53. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
54. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
55. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
56. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
57. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
58. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
59. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
60. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
61. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
62. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
63. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
64. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
65. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
66. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
67. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
68. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
69. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
70. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
71. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
72. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
73. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
74. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
75. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
76. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
77. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
78. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
79. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
80. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
81. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
82. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
83. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
84. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
85. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
86. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
87. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
88. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
89. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
90. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
91. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
92. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
93. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
94. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
95. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
96. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
97. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
98. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
99. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.
100. Kreis. Dienstag, den 11. Dezember, 7 1/2 Uhr. Parteivorstandes in Reinkendorf-Str. 41, Schützenhaus, Reinkendorf. Tagesordnung: „Der Parteivorstand“.

Das Ende einer Schauspielerrepublik. Von Max Hochdorf. Große Hoffnungen, große Worte und ein Chaos. — Das Schauspielertheater, die Gründung einiger Idealisten, erlitt nicht mehr. Nachdem man sich in den Hundstagen vorzüglich vertragen und nach einer wilden „Räuber“-Vorstellung die Waffen der Reueigenen angelastet hatte, schwärmten die Bundesgenossen weiter. Sie mieteten sich im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater in der Chausseestraße ein. Sie mieteten eine Webergebäude der Schauspielkunst und die Erlösung der jungen, immer noch verstoßenen Dramatiker an. Nichts ging in Erfüllung. Bevor gezeigt werden konnte, was die gute Absicht war, meldete der Kassierer einen Unglücksrapport nach dem anderen, und als man den letzten Kassensatz machte, war das Unternehmen der Idealisten schon gestürzt. Der Idealisten? Gewiß, sie waren Idealisten! Sie überboten sich nach allem, was man erfuhr, in dem Ehrgeiz demüßig zu sein. Es gab keine große Rolle, es gab keine kleine Rolle, was auf die Bühne zugelassen wurde, sollte gleichberechtigt sein. Es ging nicht so. Die Bekanntheit konnten ihr Temperament nicht bändigen. Sie wurden ungeduldig, sie wurden unmutig, sie ließen weg, sie ließen auseinander, ebenso wie die Mitglieder des Künstlerbundes vor anderthalb Jahrzehnten. Statt des damaligen Künstlerbundes zog ein smarter Direktor ein und die Operette triumphierte. In der Chausseestraße geschah nichts anderes als damals in der Münchener Straße. Schauspieler, meinte der alte Philosoph Plato, sind herrliche Lebermenschen. Aber man tue mit ihnen, was mit allen Genies zu tun sei, man krone sie mit Lorbeer und jage sie außer Landes! Man könnte Plato zeitgemäß verdolmetschen und sagen, man gebe den Komödianten einen Direktor mit starker Faust, damit sie nicht tödlich werden! Die Leute vom letzten verkrachten Schauspielertheater ahnten trotz ihrer blinden Begeisterung derartiges. Sie wählten sich einen Direktor, der mit einem Dickschädel kam und mit einem Ideal, aus dem er zunächst Zinsen erhoffte und dann auch Ehren. Als die Ehren nicht kamen und die Zinsen erst recht nicht, sondern nur die hohen Rechnungen für den heutigen Theaterbetrieb, lagte auch der Direktor Lebewohl und alles war verwaist, alles war verwaist, alles war verloren und verpöbelt. Ein Häuflein, ein verlorenes, heißt es, will trotzdem weiter spielen. Gut Glück, aber man glaubt nicht mehr daran. Man glaubt eher, daß Schauspielertheater als Schauspielerrepublik mit mehrschichtigem Präsidium heute reine Utopien geworden sind. Der frische Harry Wachen versuchte auch solche Republik zu gründen. Er spezialisierte nicht minder und der Selbstmord mit trostlosen Neben Umständen war seine letzte Rettung. Man sagt aber, daß die Schauspielerrepublik in der Pariser Comédie Française trotz allem blüht, gedeiht und ewig ist. Ach nein, das ist eine ganz irrtige Behauptung. Diese angeblichen Republikaner sind in Wirklichkeit verkappte Unterthanen eines außerordentlich tyrannischen Theatermonarchen, und dieser Monarch beugt sich wieder einem Übermonarchen, der den Titel des Ministers für Wissenschaft und schöne Künste führt. Und dieser hohe Mann hält in der rechten Hand die Palme der Akademie und in der linken das Kreuz der Ehrenlegion und all die ehrgeizigen Komödiantenrepublikaner, die erst nach den Palmen und später nach dem Kreuze gierig sind, wollen nichts als ihre Eitelkeit befriedigen. Dieser Wunsch ist bisherig als ihr Republikanertum. Darum sind sie sehr gehorcht und keineswegs so rebellisch wie die Republikaner in der Friedrich-Wilhelmstadt gewesen sind. Diese Herrschalten errangen weder Geld, Gut, weder Ehrenlegion noch akademische Palmen, weder volle Häuser noch volle Herzen. Daraus stoben sie auseinander. Das ist der Sinn, Urform und Ueberform solcher Patrioten der Komödianten. Trotzdem — nur die Zeit hat den herrlichen Gedanken getötet, aber nicht der Gedanke die Zeit. Darum ist es sehr möglich, ja sogar sehr notwendig, daß der Gedanke an das Schauspielertheater nicht aussterbe. Die Theaterrepublik muß wiederkommen, sie wird wiederkommen, wenn auch einige falsche Republikaner in die Brüche gehen.

Rhythmik des Tones und der Bewegung.

Einem sehr lehrreichen Abend bereitete uns der Volksschor mit seiner jüngsten Veranstaltung in der Aula des Andreas-Realschuliums. Fraulein Pfeiffer, Lehrerin für Gehörbildung und Körperphysiologie an der Staatlichen Hochschule für Musik, brachte mit ihren Schülern eine Reihe eigenartiger und geistreicher Vorstellungen, die den Zusammenhang zwischen Musik und körperlicher Bewegung nach der Dalcroze-Methode illustrierten. An elementaren Beispielen wurde zunächst die Grundlogik der Theorie deutlich gemacht: Höhe, Stärke und Rhythmus der Töne spielten sich in Schritten, Gesten, Mitteln und Rumpfbewegungen. Dann folgte die Probe auf die Schicklichkeit der Theorie. Der Volksschor sang unter Dr. Janders Leitung eine Arie aus Haydns „Schöpfung“ und Goethes Kantate „Die erste Walpurgisnacht“ in der Vertonung Mendelssohns und die Tanzgruppe übertrug diese Musikstücke in die entsprechenden rhythmischen Bewegungen. Dem Ganzen war der Charakter der Improvisation gegeben. Denn bis dahin hatte jede Partei nur für sich probiert und beide wirkten jetzt zum ersten Male im Ensemble zusammen. Das Experiment gelang über alle Erwartung. Die Wirkung war überwältigend stark. Ein Phänomen, das Reisende bei phantastischen Tanzaufführungen primitiver Völker beobachtet haben, trat hier mitten im nächsten Berlin zu Tage: Sänger und Tänzer steigerten sich gegenseitig in ihrem Glanz, zeitweise bis zur Ekstase. Und was fast das Interessanteste an dem Ergebnis war: dem unmutigen Saizen, dessen Kaufmännlichkeit die Kompositionen Haydns und Mendelssohns sonst unzugänglich sind, erschloß sich durch den ausprägnanten Eindruck der körperlich rhythmischen Bewegung Sinn und Gehalt dieser schweren Musik. Das Experiment des Volksschors hat eine weit über den Rahmen einer originellen Vereinsveranstaltung hinausgehende Bedeutung.

Mitgliederversammlungen und Jahlabende in Groß-Berlin am Mittwoch, den 12. Dezember:

1. 7 1/2 Uhr Schulstraße 68. Vortrag über „Arbeiterrecht und Ermächtigungsgesetz“.
2. 7 1/2 Uhr bei Chugemach, Rammannstr. 88.
3. 7 1/2 Uhr Jahlabend im Lokal Gen. Freudenstr. 107-108, Referent Gen. August Schmalz, und im Lokal Arbeiter, Engelsstr. 23, Referent Gen. D. Engelmann.
4. 7 1/2 Uhr im Deutschen Arbeiterklub, Oranienstr. 11. Vortrag des Gen. Dr. Weinberg über „Die Ereignisse der letzten Zeit“.
5. 7 1/2 Uhr bei Polzin, Gormannstr. 12. Vortrag über „Arbeiterrecht, Arbeiterrecht und Arbeiterrecht“, Referent: Gen. Reimann.
6. 7 1/2 Uhr Jahlabend bei Polzin, Gormannstr. 12. Vortrag über „Arbeiterrecht, Arbeiterrecht, Arbeiterrecht, Arbeiterrecht“, Referent: Gen. Reimann.
7. 7 1/2 Uhr bei Polzin, Gormannstr. 12. Vortrag über „Arbeiterrecht, Arbeiterrecht, Arbeiterrecht, Arbeiterrecht“, Referent: Gen. Reimann.
8. 7 1/2 Uhr bei Polzin, Gormannstr. 12. Vortrag über „Arbeiterrecht, Arbeiterrecht, Arbeiterrecht, Arbeiterrecht“, Referent: Gen. Reimann.
9. 7 1/2 Uhr bei Polzin, Gormannstr. 12. Vortrag über „Arbeiterrecht, Arbeiterrecht, Arbeiterrecht, Arbeiterrecht“, Referent: Gen. Reimann.
10. 7 1/2 Uhr bei Polzin, Gormannstr. 12. Vortrag über „Arbeiterrecht, Arbeiterrecht, Arbeiterrecht, Arbeiterrecht“, Referent: Gen. Reimann.
11. 7 1/2 Uhr bei Polzin, Gormannstr. 12. Vortrag über „Arbeiterrecht, Arbeiterrecht, Arbeiterrecht, Arbeiterrecht“, Referent: Gen. Reimann.
12. 7 1/2 Uhr bei Polzin, Gormannstr. 12. Vortrag über „Arbeiterrecht, Arbeiterrecht, Arbeiterrecht, Arbeiterrecht“, Referent: Gen. Reimann.
13. 7 1/2 Uhr bei Polzin, Gormannstr. 12. Vortrag über „Arbeiterrecht, Arbeiterrecht, Arbeiterrecht, Arbeiterrecht“, Referent: Gen. Reimann.
14. 7 1/2 Uhr bei Polzin, Gormannstr. 12. Vortrag über „Arbeiterrecht, Arbeiterrecht, Arbeiterrecht, Arbeiterrecht“, Referent: Gen. Reimann.
15. 7 1/2 Uhr bei Polzin, Gormannstr. 12. Vortrag über „Arbeiterrecht, Arbeiterrecht, Arbeiterrecht, Arbeiterrecht“, Referent: Gen. Reimann.
16. 7 1/2 Uhr bei Polzin, Gormannstr. 12. Vortrag über „Arbeiterrecht, Arbeiterrecht, Arbeiterrecht, Arbeiterrecht“, Referent: Gen. Reimann.
17. 7 1/2 Uhr bei Polzin, Gormannstr. 12. Vortrag über „Arbeiterrecht, Arbeiterrecht, Arbeiterrecht, Arbeiterrecht“, Referent: Gen. Reimann.
18. 7 1/2 Uhr bei Polzin, Gormannstr. 12. Vortrag über „Arbeiterrecht, Arbeiterrecht, Arbeiterrecht, Arbeiterrecht“, Referent: Gen. Reimann.
19. 7 1/2 Uhr bei Polzin, Gormannstr. 12. Vortrag über „Arbeiterrecht, Arbeiterrecht, Arbeiterrecht, Arbeiterrecht“, Referent: Gen. Reimann.
20. 7 1/2 Uhr bei Polzin, Gormannstr. 12. Vortrag über „Arbeiterrecht, Arbeiterrecht, Arbeiterrecht, Arbeiterrecht“, Referent: Gen. Reimann.
21. 7 1/2 Uhr bei Polzin, Gormannstr. 12. Vortrag über „Arbeiterrecht, Arbeiterrecht, Arbeiterrecht, Arbeiterrecht“, Referent: Gen. Reimann.
22. 7 1/2 Uhr bei Polzin, Gormannstr. 12. Vortrag über „Arbeiterrecht, Arbeiterrecht, Arbeiterrecht, Arbeiterrecht“, Referent: Gen. Reimann.
23. 7 1/2 Uhr bei Polzin, Gormannstr. 12. Vortrag über „Arbeiterrecht, Arbeiterrecht, Arbeiterrecht, Arbeiterrecht“, Referent: Gen. Reimann.
24. 7 1/2 Uhr bei Polzin, Gormannstr. 12. Vortrag über „Arbeiterrecht, Arbeiterrecht, Arbeiterrecht, Arbeiterrecht“, Referent: Gen. Reimann.
25. 7 1/2 Uhr bei Polzin, Gormannstr. 12. Vortrag über „Arbeiterrecht, Arbeiterrecht, Arbeiterrecht, Arbeiterrecht“, Referent: Gen. Reimann.
26. 7 1/2 Uhr bei Polzin, Gormannstr. 12. Vortrag über „Arbeiterrecht, Arbeiterrecht, Arbeiterrecht, Arbeiterrecht“, Referent: Gen. Reimann.
27. 7 1/2 Uhr bei Polzin, Gormannstr. 12. Vortrag über „Arbeiterrecht, Arbeiterrecht, Arbeiterrecht, Arbeiterrecht“, Referent: Gen. Reimann.
28. 7 1/2 Uhr bei Polzin, Gormannstr. 12. Vortrag über „Arbeiterrecht, Arbeiterrecht, Arbeiterrecht, Arbeiterrecht“, Referent: Gen. Reimann.
29. 7 1/2 Uhr bei Polzin, Gormannstr. 12. Vortrag über „Arbeiterrecht, Arbeiterrecht, Arbeiterrecht, Arbeiterrecht“, Referent: Gen. Reimann.
30. 7 1/2 Uhr bei Polzin, Gormannstr. 12. Vortrag über „Arbeiterrecht, Arbeiterrecht, Arbeiterrecht, Arbeiterrecht“, Referent: Gen. Reimann.
31. 7 1/2 Uhr bei Polzin, Gormannstr. 12. Vortrag über „Arbeiterrecht, Arbeiterrecht, Arbeiterrecht, Arbeiterrecht“, Referent: Gen. Reimann.
32. 7 1/2 Uhr bei Polzin, Gormannstr. 12. Vortrag über „Arbeiterrecht, Arbeiterrecht, Arbeiterrecht, Arbeiterrecht“, Referent: Gen. Reimann.
33. 7 1/2 Uhr bei Polzin, Gormannstr. 12. Vortrag über „Arbeiterrecht, Arbeiterrecht, Arbeiterrecht, Arbeiterrecht“, Referent: Gen. Reimann.
34. 7 1/2 Uhr bei Polzin, Gormannstr. 12. Vortrag über „Arbeiterrecht, Arbeiterrecht, Arbeiterrecht, Arbeiterrecht“, Referent: Gen. Reimann.
35. 7 1/2 Uhr bei Polzin, Gormannstr. 12. Vortrag über „Arbeiterrecht, Arbeiterrecht, Arbeiterrecht, Arbeiterrecht“, Referent: Gen. Reimann.
36. 7 1/2 Uhr bei Polzin, Gormannstr. 12. Vortrag über „Arbeiterrecht, Arbeiterrecht, Arbeiterrecht, Arbeiterrecht“, Referent: Gen. Reimann.
37. 7 1/2 Uhr bei Polzin, Gormannstr. 12. Vortrag über „Arbeiterrecht, Arbeiterrecht, Arbeiterrecht, Arbeiterrecht“, Referent: Gen. Reimann.
38. 7 1/2 Uhr bei Polzin, Gormannstr. 12. Vortrag über „Arbeiterrecht, Arbeiterrecht, Arbeiterrecht, Arbeiterrecht“, Referent: Gen. Reimann.
39. 7 1/2 Uhr bei Polzin, Gormannstr. 12. Vortrag über „Arbeiterrecht, Arbeiterrecht, Arbeiterrecht, Arbeiterrecht“, Referent: Gen. Reimann.
40. 7 1/2 Uhr bei Polzin, Gormannstr. 12. Vortrag über „Arbeiterrecht, Arbeiterrecht, Arbeiterrecht, Arbeiterrecht“, Referent: Gen. Reimann.
41. 7 1/2 Uhr bei Polzin, Gormannstr. 12. Vortrag über „Arbeiterrecht, Arbeiterrecht, Arbeiterrecht, Arbeiterrecht“, Referent: Gen. Reimann.
42. 7 1/2 Uhr bei Polzin, Gormannstr. 12. Vortrag über „Arbeiterrecht, Arbeiterrecht, Arbeiterrecht, Arbeiterrecht“, Referent: Gen. Reimann.
43. 7 1/2 Uhr bei Polzin, Gormannstr. 12. Vortrag über „Arbeiterrecht, Arbeiterrecht, Arbeiterrecht, Arbeiterrecht“, Referent: Gen. Reimann.
44. 7 1/2 Uhr bei Polzin, Gormannstr. 12. Vortrag

